



Artikel publiziert am: 15.08.2012 - 13.45 Uhr

Artikel gedruckt am: 16.08.2012 - 10.57 Uhr

Quelle: <http://www.chiemgau24.de/nachrichten/politik/regierung-will-hilfetelefon-gewalt-gegen-frauen-einfuehren-2460310.html>

Lücke im Hilfesystem schließen

Hilfetelefon bei Gewalt gegen Frauen

Berlin - Ab 2013 soll es ein bundesweites Hilfetelefon bei Gewalt gegen Frauen geben. Es solle eine Lücke im Hilfesystem für Frauen schließen, kündigte Kristina Schröder (CDU) an.



© dpa

Bundesfamilienministerin Kristina Schröder fordert ein bundesweites Hilfetelefon bei Gewalt gegen Frauen.

Kristina Schröder legte einen Bericht zur Situation der Frauenhäuser und Fachberatungsstellen vor, den das Kabinett beschloss. Danach suchen jährlich bis zu 17.000 Frauen in Deutschland Schutz in den etwa 350 Frauenhäusern. Mit Blick auf die Kinder der Betroffenen komme man auf etwa 30.000 bis 34.000 Personen pro Jahr, die der meist durch den Lebenspartner ausgeübten Gewalt auf diese Weise entfliehen.

Das Gutachten schafft nach Angaben des Familienministeriums erstmals eine solide Faktenbasis zur tatsächlichen Situation der Unterstützungseinrichtungen vor Ort, für deren Ausgestaltung und Finanzierung die Bundesländer und Kommunen verantwortlich sind.

Schröder betonte, trotz des dichten Netzes an Unterstützungseinrichtungen für hilfsbedürftige Frauen und ihre Kinder fänden nicht alle Betroffenen eine Unterstützung. Bund, Länder und Fachorganisationen müssten gemeinsam Versorgungslücken schließen.

Verbesserungsbedarf sieht Schröder bei der Finanzierung. Die Bundesländer regeln dies laut Darstellung der *Welt* unterschiedlich. Meist werden die Mittel für die Leistungen der Frauenhäuser über eine Mischfinanzierung aus Fördermitteln der Länder und über Tagessätze aufgebracht. „Hier sehe ich in erster Linie die Bundesländer gefordert“, sagte Schröder. Die Länder sollten „ihren Gestaltungsspielraum so nutzen, dass die Einrichtungen auf eine verlässliche und transparente finanzielle Grundlage gestellt sind“.

Im Jahr 2011 hätten in rund 9.000 Fällen schutzsuchende Frauen nicht aufgenommen werden können - weil die Frauenhäuser überfüllt oder nicht geeignet waren. Die meisten von ihnen seien allerdings an andere Einrichtungen verwiesen worden. Ein Problem ist dem Gutachten zufolge die Betreuung der Kinder, die mit ihren Müttern in die Frauenhäuser kommen. Vielerorts gebe es nur ein „rudimentäres“ Angebot für sie. Die meisten Frauenhäuser nähmen Söhne nur bis zum 14. Lebensjahr auf. Seien die Söhne älter, müssten die flüchtenden Frauen sie in einen Notdienst geben oder beim gewalttätigen Partner zurücklassen.

dpa

Artikel lizenziert durch © chiemgau24

Weitere Lizenzierungen exklusiv über <http://www.chiemgau24.de>